



Detailansicht des Registereintrags

uwk consulting GmbH

Aktuell seit 30.03.2026 19:18:19

Gesellschaft mit beschränkter Haftung (GmbH)

Registernummer:	R007238
Ersteintrag:	06.02.2025
Letzte Änderung:	30.03.2026
Letzte Jahresaktualisierung:	–
Tätigkeitskategorie:	Beratungsunternehmen, selbständige Beraterin oder selbständiger Berater
Kontaktdaten:	Adresse: Am Friedhof 2a 53229 Bonn Deutschland Telefonnummer: +491751637074 E-Mail-Adressen: ulrich.kelber@uwk-consulting.de Webseiten: keine Website

Hauptfinanzierungsquellen (in absteigender Reihenfolge):

Geschäftsjahr: 12/24 bis 12/24

Wirtschaftliche Tätigkeit

Jährliche finanzielle Aufwendungen im Bereich der Interessenvertretung:

Geschäftsjahr: 12/24 bis 12/24

0 Euro

Vollzeitäquivalent der im Bereich der Interessenvertretung beschäftigten Personen:

Geschäftsjahr: 12/24 bis 12/24

0,00

Vertretungsberechtigte Person(en):

1. Professor Ulrich Kelber

Funktion: Geschäftsführer

Tätigkeit bis 07/24:

Der Bundesbeauftragte für den Datenschutz und die Informationsfreiheit

Die Bundesbeauftragte für den Datenschutz und die Informationsfreiheit (BfDI)

Betraute Personen, die Interessenvertretung unmittelbar ausüben (1):

1. Professor Ulrich Kelber

Tätigkeit bis 07/24:

Der Bundesbeauftragte für den Datenschutz und die Informationsfreiheit

Die Bundesbeauftragte für den Datenschutz und die Informationsfreiheit (BfDI)

Beschreibung der Tätigkeit sowie Benennung der Interessen- und Vorhabenbereiche

Interessen- und Vorhabenbereiche (25):

Parlamentarisches Verfahren; Allgemeine Energiepolitik; Energienetze; Erneuerbare Energien; EU-Gesetzgebung; Institutionelle Fragen der EU; Arzneimittel; Gesundheitsversorgung; Datenschutz und Informationssicherheit; Digitalisierung; Internetpolitik; Kommunikations- und Informationstechnik; Öffentliches Recht; Zivilrecht; Öffentlicher Dienst und öffentliche Verwaltung; Staatsorganisation; Verwaltungstransparenz/Open Government; Klimaschutz; Nachhaltigkeit und Ressourcenschutz; Automobilwirtschaft; Bank- und Finanzwesen; E-Commerce; Kleine und mittlere Unternehmen; Verbraucherschutz; Wissenschaft, Forschung und Technologie

Die Interessenvertretung wird in eigenem Interesse ausschließlich selbst und im Auftrag Dritter selbst sowie durch die Beauftragung weiterer Dritter wahrgenommen.

Beschreibung der Tätigkeit:

Kontaktaufnahme und Beratung von Mitgliedern des Bundestages, der Bundesregierung und der Bundesverwaltung zu Gesetzgebungstätigkeit und untergesetzlicher Regulierung. Beratung zu allgemeinen Positionen und im Auftrag Dritter zu spezifischen Fragestellungen.

Vorschläge zur Ausgestaltung von Regelungen, zur Auslegung von gesetzlichen und untergesetzlichen Regelungen sowie Zusammenstellung von Informationspaketen.

Konkrete Regelungsvorhaben (3)

1. Gesetz zur Änderung des TKG und zur Verbesserung der telekommunikationsrechtlichen Rahmenbedingungen für den TK-Netzausbau

Beschreibung:

Das TKG sollte wesentliche Verbesserungen für die Möglichkeiten des Netzausbaus, der digitalen Infrastruktur und Erleichterungen bei bürokratischen Hürden enthalten. Weitere Themen, die in diesem Zusammenhang behandelt werden, sind u.a. der mehrfache Ausbau von Glasfasernetze sowie die Kupfer-Glas-Migration.

Vom IV eingegebener Referentenentwurfstitel:

Eckpunkte für ein Gesetz zur Änderung des TKG und zur Verbesserung der telekommunikationsrechtlichen Rahmenbedingungen für den TK-Netzausbau

Datum des Referentenentwurfs: 01.07.2025

Federführendes Ministerium: Bundesministerium für Digitalisierung und Staatsmodernisierung (BMDS) [alle RV hierzu]

Betroffenes geltendes Recht:

TKG 2021 [alle RV hierzu]

Interessenbereiche:

Kommunikations- und Informationstechnik [alle RV hierzu]

Stellungnahmen/Gutachten (2):

1. SG2512270003 (PDF - 28 Seiten)

Adressatenkreis:

Versendet am 14.12.2025 an:

Bundestag

Mitglieder des Bundestages [alle SG dorthin]

Bundesregierung

Bundesministerium der Justiz und für Verbraucherschutz (BMJV)
[alle SG dorthin]

2. SG2603300173 (PDF - 31 Seiten)

Adressatenkreis:

Versendet am 18.03.2026 an:

Bundesregierung

Bundesministerium für Wohnen, Stadtentwicklung und Bauwesen
(BMWSB) [alle SG dorthin]

Versendet am 19.03.2026 an:

Bundesregierung

2. Unterstützung des gesundheitspolitischen Ziels der Bundesregierung einer flächendeckenden Versorgung mit Arzneimitteln

Beschreibung:

In der derzeitigen Ausgestaltung der Apothekenreform werden etablierte, bewährte und verlässliche flächendeckende Versorgungsstrukturen für Arzneimittel mit zusätzlichen regulatorischen Anforderungen belastet. Dies steht im Spannungsverhältnis zu den gesundheitspolitischen Zielen einer Entbürokratisierung sowie der langfristigen Sicherstellung einer flächendeckenden Gesundheitsversorgung.

Referentenentwurf:

Verordnung zur Änderung der Apothekenbetriebsordnung und weiterer Verordnungen (Vorgang) [alle RV hierzu]

Datum der Veröffentlichung: 20.10.2025

Federführendes Ministerium: BMG [alle RV hierzu]

Betroffenes geltendes Recht:

ApoBetrO 1987 [alle RV hierzu]

Interessenbereiche:

Arzneimittel [alle RV hierzu]; E-Commerce [alle RV hierzu]; Gesundheitsversorgung [alle RV hierzu]

Stellungnahmen/Gutachten (1):

1. SG2603300172 (PDF - 6 Seiten)

Adressatenkreis:

Versendet am 18.03.2026 an:

Bundestag

Mitglieder des Bundestages [alle SG dorthin]

3. Sicherung ergänzender, langjährig bewährter Versorgungsstrukturen zur flächendeckenden Arzneimittelversorgung

Beschreibung:

Die geplante Apothekenreform greift die tatsächlichen Versorgungsrealitäten nur unzureichend auf und benachteiligt digitale und versandgestützte Versorgungsmodelle systematisch. Statt Bürokratie abzubauen, droht die Reform insbesondere zusätzliche regulatorische Hürden zu errichten. Dadurch werden langjährig bewährte und verlässliche Strukturen geschwächt, die vor allem im ländlichen Raum zur Versorgungssicherheit beitragen.

Referentenentwurf:

Entwurf eines Gesetzes zur Weiterentwicklung der Apothekenversorgung (Apothekenversorgung-Weiterentwicklungsgesetz - ApoVWG) (Vorgang) [alle RV hierzu]

Datum der Veröffentlichung: 20.10.2025

Federführendes Ministerium: BMG [alle RV hierzu]

Betroffenes geltendes Recht:

ApoBetrO 1987 [alle RV hierzu]

Interessenbereiche:

Arzneimittel [alle RV hierzu]; E-Commerce [alle RV hierzu]; Gesundheitsversorgung [alle RV hierzu]; Verbraucherschutz [alle RV hierzu]

Stellungnahmen/Gutachten (1):

1. SG2603300171 (PDF - 11 Seiten)

Adressatenkreis:

Versendet am 11.02.2026 an:

Bundesregierung

Bundesministerium der Justiz und für Verbraucherschutz (BMJV)
[alle SG dorthin]

Angaben zu Aufträgen (1)

1. Auftrag

Im Rahmen des Auftrags zur Unterstützung der Aufträge der EUTOP Group werden zu unterschiedlichen Themenfeldern Texte analysiert und bearbeitet oder Gespräche geführt, ggf. auch mit Vertreterinnen und Vertretern der Bundesregierung und der Bundesministerien sowie mit dem Deutschen Bundestag. Diese dienen insbesondere der Sachstandsaufklärung, der Erläuterung von etwaigen Änderungsnotwendigkeiten oder der Vermittlung von Argumenten und Sichtweisen der betroffenen Unternehmen und Organisationen. Dies betrifft insbesondere folgende EUTOP-Mandate: Amadeus IT Group SA, Bundesnotarkammer, Deutsche Post AG, Deutsche Telekom AG, Doc Morris, Tank&Rast, vertex, VTG

Interessenbereiche: Allgemeine Energiepolitik, Automobilwirtschaft, Bank- und Finanzwesen, Datenschutz und Informationssicherheit, Digitalisierung, E-Commerce, Energienetze, Erneuerbare Energien, EU-Gesetzgebung, Institutionelle Fragen der EU, Internetpolitik, Klimaschutz, Kommunikations- und Informationstechnik, Nachhaltigkeit und Ressourcenschutz, Öffentlicher Dienst und öffentliche Verwaltung, Öffentliches Recht, Parlamentarisches Verfahren, Staatsorganisation, Verbraucherschutz, Verwaltungstransparenz/Open Government, Wissenschaft, Forschung und Technologie

Konkrete Regelungsvorhaben: Dieser Auftrag bezieht sich auf kein konkretes Regelungsvorhaben

Auftraggeber/-innen (1):

1. EUTOP Europe GmbH (EUTOP)

Erhaltene Finanzmittel im letzten abgelaufenen Geschäftsjahr 12/24 bis 12/24:

0 Euro

Eingesetzte Personen bzw. Unterauftragnehmer/-innen (1):

Betraute Personen (1):

1. **Professor Ulrich Kelber**

Funktion: Geschäftsführer

Tätigkeit bis 07/24:

Der Bundesbeauftragte für den Datenschutz und die Informationsfreiheit

Die Bundesbeauftragte für den Datenschutz und die Informationsfreiheit (BfDI)

Zuwendungen oder Zuschüsse der öffentlichen Hand

Geschäftsjahr: 12/24 bis 12/24

Keine Zuwendungen oder Zuschüsse über 10.000 Euro erhalten.

Schenkungen und sonstige lebzeitige Zuwendungen

Geschäftsjahr: 12/24 bis 12/24

Gesamtsumme:

0 Euro

Mitgliedsbeiträge

Geschäftsjahr: 12/24 bis 12/24

Gesamtsumme:

0 Euro

Jahresabschluss/Rechenschaftsbericht

Keine Angabe, da noch kein Geschäftsjahr abgeschlossen wurde.